



INSTITUT FÜR
INTERDISZIPLINÄRE
FORSCHUNG

Forschungsstätte der
Evangelischen
Studiengemeinschaft

F·E·S·T NEWSLETTER

GELEITWORT zur **Ausgabe Juli 2023**

FEST und Welt. Die Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft wird 65!

Sonderbar ist es, dass sich die Welt scheinbar um die FEST dreht. Denn die gegenwärtige Lage mit ihren Krisen und Kriegen entspricht immer wieder in beunruhigend genauer Passung den Arbeitsbereichen der Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft.

Die kriegerischen Krisen lassen den Arbeitsbereich *Frieden* von neuem aktuell werden. Die ökologischen Krisen treffen auf den Arbeitsbereich *Nachhaltige Entwicklung* und bestätigen dessen Relevanz. Die öffentlichen Debatten um Staat und Kirche zeigen von neuem, wie bedeutsam die juristische Expertise des Arbeitsbereichs *Religion, Recht und Kultur* ist. Die neuen Digitalisierungsdebatten in Kirchen und Gesellschaft von Zoom bis KI lassen die Digitalkompetenz desselben Arbeitsbereichs umso wichtiger werden. Und die Strukturprozesse in den Kirchen, neue religiöse Indifferenz und das Verhältnis der Kirche zu den Wissenschaften bestätigen wieder die Wichtigkeit des Arbeitsbereichs *Theologie und Naturwissenschaft*. Kurzum, es wirkt so, als drehe sich die Welt wirklich um die FEST, leider. Doch werden dadurch die althergebrachten Arbeitsbereiche mit ihren Expertisen immer wieder von neuem aktuell.

Es scheint, als wäre hier eine ganz besondere Präsenz am Werk, die im Voraus wusste, was kommen wird und gründlich bedacht zu werden wartet. Dass solch ein Vorherwissen auch noch institutionelle Form gefunden und sich über die Zeit erhalten hat, ist eine wundersame Fügung, die man nur erstaunt begrüßen kann. So wie die FEST daher stets von neuem ihren Trägern, der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), den Evangelischen Landeskirchen, den Evangelischen Akademien und dem Deutschen Evangelischen Kirchentag (DEKT) danken kann, so dieselben Träger auch der FEST. Und alle zusammen, dem oder denen, die einst solch eine präzise Ahnung hatten von den Feldern bleibender und kommender Relevanz.

In diesem Sinne sei der FEST ganz herzlich zum 65. Geburtstag gratuliert! Schon so alt und doch so jung und dynamisch.

Prof. Dr. Philipp Stoellger



SCHLAGWORT

Induktive Theologie? Oder: Wie sich Theologie auf den Alltag beziehen kann

Versteht man (systematische) Theologie als Reflexion über den Glauben, als Reflexion von Sinnfragen und Werten im Licht der theologischen Tradition und der biblischen Überlieferung, als Transformation und Tradierung, so steht diese Theologie in einer Beziehung zu gegenwärtigen Glaubensvorstellungen, Orientierungen und alltäglichen Lebenswelten. So schlicht diese Feststellung klingt, so schwer ist es zu bestimmen, wie diese Beziehung genau aussieht. Dies gilt zumindest für die Systematische Theologie.

Von dem deutschen Dogmatiker Friedrich Mildener habe ich gelernt, dass die Theologie drei Fragerichtungen verfolgt: eine historische, eine normative und eine empirische. Als Heuristik ist diese Differenzierung sehr hilfreich. Folglich ist in der Systematischen Theologie erstens zu fragen, inwieweit gesellschaftliche Entwicklungen für die eigene Forschung relevant sind: Wie verhält sie sich zur Lebenswirklichkeit und ihren religiösen Dimensionen? Verändern individuelle Glaubensvorstellungen die theologische Formulierung und Argumentation? Zweitens ist nach der spezifischen Aufgabe der Systematischen Theologie zu fragen: Systematisierung kann bedeuten, die Beobachtungen der Welt mit der christlichen Tradition (einschließlich der Heiligen Schrift) zu verflechten. Diese „systemati-

>>>>> Fortsetzung nächste Seite

sierende“ Perspektive – im Unterschied etwa zu einer systematischen oder dogmatischen Perspektive – ist der fortlaufende Prozess, in dem Beobachtungen der Gegenwart mit christlichen Traditionen interpretiert und transformiert werden.

Im besten Fall schützen sich die verschiedenen Perspektiven der Theologie dabei gegenseitig: Während die historische Perspektive vor willkürlich aktualisierender Interpretation schützt, bewahrt die pluralitätssensible systematisierende Perspektive vor einer Überhöhung eines einzelnen Deutungsanspruchs. Die empirische Perspektive wiederum bewahrt vor einer Abkoppelung des dogmatischen Denkens von der Gegenwart oder der Verabsolutierung der eigenen Welterfahrung als Schlüssel zur Deutung der Welt. Zu dieser Wechselwirkung gehört die Frage nach dem Ort und der Bedeutung der empirischen Forschung in der systematischen Theologie – und damit auch die Kritik an der rein empirischen Forschung, damit eine Einbindung der Empirie nicht zu einer unreflektierten normativen Wendung und damit zu einer Moralisierung der Debatten führt.

Verhandelt werden diese Fragen aktuell international und in anderen Disziplinen der Theologie – zum Beispiel in der Praktischen Theologie und der Interkulturellen Theologie – in einer Vielzahl von Ansätzen: Dazu gehören Ansätze wie „lived theology“, „ordinary theology“, „gelebte Religion“, „öffentliche Theologie“, „narrative Ethik“, „Befreiungstheologie“, „constructive theology“ oder auch „pragmatist theology“.

Diese Ansätze miteinander ins Gespräch zu bringen und nach den Potentialen für die Systematische Theologie zu fragen, war Ziel eines Workshops Anfang Mai 2023, den PD Dr. Frederike van Oorschot zusammen mit Dr. Lea Chilian ausgerichtet hat. Von diesen Wegen induktiver – und abduktiver, also im Wechselspiel von Induktion und Deduktion sich vollziehender – Theologie(n) zu lernen und so die Reflexion des Glaubens in der Systematischen Theologie als Systematisierende Theologie hermeneutisch und methodisch interdisziplinär weiterzudenken, wird Gegenstand des dort formierten Netzwerks sein.

PD Dr. Frederike van Oorschot

Arbeitsgruppe: Pandemie. Neuaufrichtung von Gesundheitssicherheit in Staat und Gesellschaft

Die Corona-Pandemie hat das Themenfeld der Gesundheitssicherheit mit all seinen Facetten in einem besonderen Maße bedeutsam werden lassen. Die Corona-Aufarbeitung hat längst schon in der Pandemie begonnen, nicht nur von der Politik und staatlich hierzu berufenen Einrichtungen wie dem Deutschen Ethikrat, sondern auch von der wissenschaftlichen Fachwelt. Mittlerweile ist die Bewertung des politischen und gesellschaftlichen Umgangs mit der Corona-Pandemie aus der Phase der un-



© pixabay.com

mittelbaren Krisenbewältigung in eine reflektierte Phase der stärkeren Hinterfragung zunächst unvermeidlich erscheinender Handlungslogiken übergegangen. Zum Teil liegt dies an neuen wissenschaftlichen Erkenntnissen (die etwa die Schul- und Kitaschließungen retrospektiv als fragwürdig erscheinen lassen), zum Teil aber auch daran, dass ein Klima der Angst während der Pandemie den öffentlichen Diskurs nicht gefördert hat und Kritik an staatlichen Maßnahmen vorschnell als Unterminierung der Staatsgewalt gelten konnte. Der „Obrigkeitsstaat“ kehrte in einer Weise zurück, die vor der Pandemie kaum für denkbar gehalten worden wäre. Damit gehen Fragen an das Machtverhältnis von Staat und Bürger und an das Staatsverständnis einer freiheitlichen Demokratie einher. Gleichfalls stellen sich Fragen zwischen der wissenschaftlichen Fundierung politischer und rechtlicher Instrumente und Maßnahmen neu.

Es ist nun also die Phase eingeläutet, in der es nicht mehr um erste Einschätzungen und schnelle Reaktionen gehen kann, sondern Raum geboten wird zu gründlichem und auf spezifische Fragestellungen fokussiertem Nachdenken. Dazu hat sich an der FEST eine neue wissenschaftliche interdisziplinäre Arbeitsgruppe konstituiert, die mit einer ersten Konsultation an der FEST am 21./22. Juli ihren Start findet. Sie soll einerseits die immer wieder auszutarierende Balance zwischen Lebens- und Gesundheitsschutz sowie Freiheitsschutz in den Blick nehmen (die durch die Corona-Rechtsprechung des BVerfG, aber auch den Klimaschutzbeschluss Anlass zu Diskussionen bietet), aber auch auf die Erarbeitung von Regelungsstrukturen gerichtet sein, die Staat und Gesellschaft zur Pandemiebewältigung benötigen. In einem ersten Schritt ist Bilanz zu ziehen, bevor in einem zweiten Schritt die rechtliche Einhegung des Risikomanagements neu zu justieren ist.

Konkret sollen die in der Pandemie eingesetzten rechtlichen Mechanismen (von Armin Laschet in der „Zeit“ [26.01.2023] als überzogene Regelungswut bezeichnet) untersucht und evaluiert werden: Wie haben im Rahmen der gegebenen rechtlichen Regelungen, insbesondere des Infektionsschutzgesetzes (IfSG), die unterschiedlichen staatlichen Ebenen im Föderalismus zusammengewirkt? Wer hat welche Einschätzungsspielräume? Haben sich im Lichte nachträglicher (ex post) Risikobewertungen die Mechanismen der ex ante Risikoeinschätzungen bewährt? Desweiteren sollen punktuell (rechts-) vergleichend Pandemiebekämpfungsmechanismen anderer Länder einbezogen werden sowie das Gesundheitsrisiko(pandemie)management im Europäischen Verwaltungsverbund Beachtung finden.

Die Arbeitsgruppe ist – dem üblichen Format an der FEST folgend – auf drei Jahre à zwei Konsultationen angelegt. Im Vordergrund steht der wissenschaftliche interdisziplinäre Austausch, der in eine Publikation münden soll.

PD Dr. A. Katarina Weilert

Das Ende der Atomkraft in Deutschland

Am 15. April 2023 ging in Deutschland eine 66-jährige Geschichte zu Ende: Die friedliche Nutzung der Atomenergie wurde eingestellt. Der Bundestag hatte kurz vor dem eigentlich vorgesehenen Ende zum Jahreswechsel 2022/2023 am 11. November 2022 erneut eine Änderung des Atomgesetzes beschlossen. Demnach konnten die drei Atomkraftwerke Isar 2, Neckarwestheim 2 und Emsland in einem „befristeten Streckbetrieb“ noch bis zum 15. April 2023 weiterbetrieben werden, statt sie schon Ende 2022 vom Netz zu nehmen. „Befristeter Streckbetrieb“ bedeutete, dass eine Bestückung mit neuen Brennelementen nicht zulässig war.

Begonnen hatte das Ganze 1955, als die damalige Bundesregierung ein Ministerium für Atomfragen unter dem späteren CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß einrichtete. 1961 begann dann das Atomkraftwerk Kahl in Bayern, Atomstrom in das öffentliche Stromnetz einzuspeisen. In der DDR wurde 1966 das erste Atomkraftwerk in Rheinsberg in Betrieb genommen. Ein Meilenstein war in Westdeutschland der weltweit erste 1200-MW-Block in Biblis im Jahre 1974, fast zeitgleich wurde 1975 ein AKW im südbadischen Wyhl verhindert. Nach massiven Protesten wurde in den 1980er Jahren der Einstieg in die Wiederaufbereitungstechnologie in Wackersdorf verhindert, ebenso wie die jahrzehntelang umstrittene Entwicklung eines Endlagers für hochradioaktive Abfälle am höchstwahrscheinlich ungeeigneten Standort Gorleben.

Nach ihrem Wahlsieg 1998 haben SPD und Grüne den Atomausstieg zum ersten Mal in einem Koalitionsvertrag festgeschrieben. Im Jahr 2002 wurde die Festlegung der Gesamtlaufzeit der einzelnen Reaktoren auf 32 Jahre und eine noch zu produzierende restliche Strommenge beschlossen; schon damals war das geplante Ende rechnerisch 2022, also nach 20 Jahren.



© pixabay.com

Nur diese hatte sich geändert, nicht die Risiken an sich; nicht zuletzt hat Bundeskanzlerin Angela Merkel häufig diese Veränderung der Position für sich in Anspruch genommen, unter anderem auch in ihrer Rede vor der 11. Jahreskonferenz des Rates für Nachhaltige Entwicklung am 20. Juni 2011 in Berlin:

„Ich habe es bereits an verschiedenen Stellen gesagt: Für mich ganz persönlich war ‚Fukushima‘ ein sehr einschneidendes Ereignis. Ich weiß, dass viele andere vorher Einsichten hatten, die ich heute teile. Wir haben jetzt als Koalition die Entscheidung getroffen, aus der Katastrophe von Fukushima Schlussfolgerungen zu ziehen, die weitgehende Auswirkungen auf die Energiepolitik haben.“

Dies bedeutete die direkte Abschaltung aller Kraftwerke, die bis einschließlich 1980 in Betrieb gegangen waren: Biblis A und B, Brunsbüttel, Isar 1, Neckarwestheim 1, Unterweser und Philippsburg 1. Das AKW Krümmel war bereits vom Netz. Am 31. Dezember 2021 wurden die Atomkraftwerke Grohnde, Gundremmingen C und Brokdorf abgeschaltet. Und schließlich wurde das bereits genannte Ende der letzten drei Atomkraftwerke in Deutschland festgelegt: Isar 2, Emsland und Neckarwestheim 2.

Die Entscheidung des Deutschen Bundestags vom 30. Juni 2011 fußte erstmals auf einer breiten, Parteien übergreifenden Mehrheit und hatte deshalb eine besondere Qualität: Erstmals waren sich Atomenergiebefürworter und -gegner einig, dass es sich bei der Atomkraft allenfalls um eine Übergangstechnologie handelte und dass die häufig vorgebrachte Hoffnung ihrer Befürworter in die Entwicklung einer „inhärent sicheren“ Technologie sich immer mehr als Illusion erwies. Auch die Ankündigung einer Miniaturisierung der Reaktoren wurde bislang nicht erfüllt. Zentral für die damalige Entscheidung für den Atomausstieg war der Sicherheitsaspekt. Eine Ethik-Kommission war eingesetzt worden, die im Konsens den Ausstieg innerhalb von 10 Jahren für machbar hielt. Gleichzeitig ermöglichte der Ausstieg den seit 2013 ebenfalls gesetzlich geregelten Neustart der Suche nach einem Endlager für hochradioaktive Abfälle, ein Problem, das nach wie vor ungelöst, mittlerweile aber durch die mit dem Ausstieg gegebenen Höchstmengen an radioaktiven Abfällen erstmals eindeutig nach oben begrenzt ist. Die Probleme der Endlagerung dieser Abfälle wird die Gesellschaft jedoch noch über viele Generationen begleiten.

Prof. Dr. Hans Diefenbacher



PD Dr. Frederike van Oorschot vertritt im Sommersemester 2023 den Lehrstuhl für Ethik an der Theologischen Fakultät der Universität Heidelberg. Schwerpunkte der Lehre liegen in der Digitalen Ethik (Ethik künstlicher Intelligenz und Robotik, sowie medien- und sozialetische Perspektiven des digitalen Wandels), der ethischen Perspektivierung des Populismus, der kontextualisierten Einordnung von Entwürfen öffentlicher Theologie und einer ethischen Debatte von Rahel Jaeggis Entwurf „Kritik von Lebensformen“.

FEST – zum 65.

1958 wurde die „Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft“ gegründet als interdisziplinäres ‚Diskurslabor‘ der evangelischen Kirchen in Deutschland. Die Wissenschaften und ‚das Evangelium‘ sollen miteinander ins Gespräch kommen. Das geschieht seit 65 Jahren in erstaunlicher Kontinuität und Innovativität in den Bereichen Frieden, Nachhaltigkeit, Religion, Recht, Theologie und Naturwissenschaften. Mit der FEST eröffnen die Kirchen einen Raum zur Nachdenklichkeit und zur konstruktiven Intervention in Gegenwartsdiskursen. Kirche mit Zukunft nimmt auf diese Weise ihre öffentliche Verantwortung wahr und findet darin erhebliche Resonanz.

Prof. Dr. Philipp Stoellger

PV-Anlagen auf denkmalgeschützten Kirchen und Gebäuden?

Lange Zeit schienen sich in Deutschland Photovoltaikanlagen (PV-Anlagen) auf denkmalgeschützten Gebäuden – wie etwa Sakralbauten – als Folge des Denkmalschutzes nicht mit diesem vereinbaren zu lassen. Im vergangenen Jahr hat es hierzu nach Jahren des Stillstandes in dieser Thematik jedoch erstaunliche Wendungen und Entwicklungen gegeben, die zukünftig nun die Errichtung von PV-Anlagen trotz und zusammen mit dem Denkmalschutz ermöglichen: <https://bit.ly/42YatK0>

Dr. Oliver Foltin/Dr. Volker Teichert

NEUERSCHEINUNGEN

Werteerziehung durch die Schule. Begriffliche Grundlagen, staatsrechtliche Basis und institutionelle Ziele



hrsg. von A. Katarina Weilert.

(Religion und Aufklärung, Bd. 29), Mohr Siebeck, Tübingen 2023, 264 S., ISBN: 978-3-16-162227-4; Preis: 79,00 €.

Schule hat in Deutschland neben der Vermittlung von Kenntnissen, Fähigkeiten und Fertigkeiten die zentrale Aufgabe der gesellschaftlichen Integration. So wird es politisch gewollt und in Landesverfassungen, Landesschulgesetzen und durch höchstrichterliche Rechtsprechung zu Art. 7 Abs. 1 GG normativ ausgestaltet. Da eine Gesellschaft darauf angewiesen ist, dass sich Menschen dem solidarischen Miteinander verantwortlich fühlen, scheinen verbindende Elemente – „Werte“ – als Kitt zwischen den freiheitlichen Individuen unerlässlich. Doch was sind „Werte“ eigentlich und was meinen wir, wenn wir von „Werten“ reden? Wie stehen „Werte“ zum Recht? Lassen sich aus dem Grundgesetz ohne weiteres „Werte“ ableiten? Und schließlich: Ist es die Erziehung zu bestimmten Werten, die durch die Schule stattfinden soll, oder geht es vielmehr um eine Erziehung zur Mündigkeit als

Ausgangspunkt für eigene Werturteile? Kann eine Erziehung zur Mündigkeit ohne Vorbilder und Wertevermittlung aber überhaupt gelingen? Der vorliegende Band geht diesen Fragen interdisziplinär nach, analysiert die Diskrepanz zwischen politischem Wertreden und wissenschaftlicher Wertzurückhaltung und bietet Antworten an, die zum Weiterdenken anregen.

Die Bundeswehr im neuen Modus der Landes- und Bündnisverteidigung – Wehrpflicht revisited?



Ines-Jacqueline Werkner.

(Forum innere Führung, Bd. 43), Nomos Verlag, Baden-Baden 2023, 125 S., ISBN: 978-3756010899, Preis: 24,00 €.

Die empirisch angelegte Studie analysiert den Wandel der Bundeswehr von der Wehrpflicht- zur Freiwilligenarmee, reflektiert diesen sowohl im Lichte der sicherheitspolitischen Entwicklungen der drei letzten Jahrzehnte als auch angesichts einer nunmehr wieder stärkeren Rückbesinnung auf die Landes- und Bündnisverteidigung. Vor dem Hintergrund der aktuellen Entwicklungen angesichts des Ukrainekrieges sowie der in diesem Kontext stehenden europäischen Debatten und politischen Entscheidungen um die

Wiedereinführung der Wehrpflicht stehen Empfehlungen für potenzielle Fortentwicklungen. Dabei plädiert die Studie für die Einführung einer selektiven Wehrpflicht nach skandinavischem Vorbild.

Militärsoziologie – Eine Einführung



hrsg. von Nina Leonhard und Ines-Jacqueline Werkner.

Springer VS, Wiesbaden 2023, 692 S., ISBN: 978-3658301835, Preis: 32,99 €.

Das Lehrbuch, das nunmehr in einer 3. aktualisierten und ergänzten Auflage vorliegt, bietet eine Einführung in das Forschungsgebiet der Militärsoziologie. Es richtet sich an Studierende wie an interessierte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die sich einen Überblick über die aktuelle sozialwissenschaftliche Forschung zum Militär verschaffen wollen. Da sich unterschiedliche Fachdisziplinen mit dem Gegenstand „Militär“ beschäftigen, ist der Band interdisziplinär ausgerichtet. Die Autorinnen und Autoren stellen in ihren Beiträgen zentrale Themen mit den entsprechenden Forschungsfragen und Untersuchungsansätzen vor und diskutieren die hierzu vorliegenden empirischen Befunde.

Sakralisierungen von Natur

Sakralisierungen von Natur sind in naturreligiösen traditionellen Gesellschaften weit verbreitet, stellen aber in modernen westlichen Gesellschaften allenfalls ein Randphänomen dar, das sich auf wenige soziokulturelle Gruppen beschränkt. Das zumindest war die Prognose früher Modernisierungs- und Säkularisierungstheorien. Eine an der FEST durchgeführte Analyse der unterschiedlichen Naturwahrnehmungen in modernen westlichen Gesellschaften zeigt jedoch ein anderes Bild. Einflussreich sind nicht nur an christliche Religionen und andere Offenbarungsreligionen gebundene Sakralisierungen von Natur als heilige göttliche Schöpfung sowie neopagane Heiligungen von Natur, sondern auch – darauf lag der Fokus der Analyse – Sakralisierungen von Natur, die nicht in der Bezugnahme auf einen transzendenten Gott bzw. auf naturimmanente Götter gründen. Konstitutiv für diese Sakralisierungen sind vielmehr bestimmte subjektive Erfahrungen von Selbsttranszendenz angesichts von Natur: Erfahrungen, die uns aus dem alltäglichen Erwartungs- und Deutungshorizont herausführen und in denen wir Natur subjektiv als etwas Umfassendes und Höheres erleben, mit dem wir verbunden oder auch konfrontiert sind.



Thomas Gainsborough, „Landscape with Cattle“ (circa 1773), Yale Center for British Art, Paul Mellon Collection, B1981.25.305; © CC0 1.0 Universal, Quelle: <https://collections.britishart.yale.edu/catalog/tms:5029>.

In der Analyse wurden, ohne Anspruch auf Vollständigkeit, acht Formen solcher Sakralisierungen von Natur identifiziert und charakterisiert. Diese sind teils erst in den letzten Jahrzehnten entstanden, teils aber ideengeschichtlich viel älter, aber alle bis heute, in unterschiedlichem Ausmaß, in vielen modernen westlichen Gesellschaften einflussreich: frühromantische ästhetische Sakralisierungen von Landschaft – moralische Sakralisierungen von Natürlichkeit – aufklärungskritische Sakralisierungen einzigartiger Kulturlandschaften – nationalistische Sakralisierungen von Natur – naturwissenschaftliche Theorien, die Wildnis bzw. vom Menschen ungestörte Natur als optimale selbstorganisierende Ökosysteme begreifen – spirituell-ökologische Sakralisierungen von Natur wie in der Deep Ecology – Sakralisierungen von Natur als solidarische Gemeinschaft. Solche Sakralisierungen von Natur, für die gerade kein Gottesbezug konstitutiv ist, fundieren in modernen Gesellschaften einflussreiche nicht-instrumentelle Wertschätzungen von Natur und stellen wichtige Motive für die Erhaltung und den Schutz von Natur dar, die auch unter Menschen verbreitet sind, die nicht kirchengebunden sind und sich als nicht religiös beschreiben.

Warum ist Natur in modernen westlichen Gesellschaften offenbar zu einem herausragenden Gegenstand von Sakralisierungen jenseits kirchlich gebundener Religion geworden? Ein Grund dürfte sein, dass Natur in modernen westlichen Gesellschaften nicht nur eine nutzbare Ressource darstellt, sondern auch symbolisch als Gegenwelt zur Welt der Kultur und Technik – und damit als unverfügbare Gegenwelt zur Welt des bedingt Verfügbaren bzw. Verfügbaren – fungiert. Ein weiterer Grund dürfte sein, dass andere Formen von Sakralisierung jenseits kirchlich gebundener Religion wie die von menschlicher Rationalität und menschlicher Geschichte an Einfluss verloren haben.

Die Ergebnisse der Analyse werden in den nächsten Monaten in zwei Aufsätzen – „Landschaft und religionsexterne Sakralisierung“ sowie „(De)Sacralizations of Nature in Modern Western Societies“ – publiziert.

PD Dr. Thomas Kirchhoff

Treffen des Netzwerks „Mobilität & Kirche“

Am 9./10. Mai fand das 11. Treffen des von der FEST initiierten ökumenischen Netzwerks „Mobilität & Kirche“ – gefördert durch das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz – in der Katholischen Akademie der Erzdiözese Freiburg mit Vertreter*innen der 13 netzwerkteilnehmenden Landeskirchen und Diözesen statt.



© FEST

Auf der Agenda stand die inhaltliche Arbeit an verschiedenen Mobilitätsthemen und Planung der letzten beiden Arbeitstreffen zur Erarbeitung von Veröffentlichungen. Bei einer Exkursion informierten sich die Teilnehmenden – unter fachkundiger Expertise der Diözesanstelle für Schöpfung und Umwelt – zu klimafreundlicher Mobilität in Freiburg. Ende November 2023 wird dann mit einer Abschlussveranstaltung in Berlin ein Fazit über die gemeinsame Arbeit der drei vergangenen Jahre im Netzwerk „Mobilität & Kirche“ gezogen.

Dr. Oliver Foltin/Lisa Stadtherr

IMPRESSUM

ViSDP und Redaktion:

PD Dr. A. Katarina Weilert, LL.M. (UCL)

Satz und Layout:

Anke Rahimi-Muno

Erscheinungsweise: halbjährlich

Zu beziehen über:

Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft e. V. (FEST)
Schmeilweg 5, D-69118 Heidelberg
www.fest-heidelberg.de

Druck:

Klimafreundlich gedruckt mit Biofarben und Ökostrom auf Recyclingpapier mit dem Blauem Engel.



Die Bundeswehr im neuen Modus der Landes- und Bündnisverteidigung – Wehrpflicht revisited?

Die empirisch angelegte Studie, jüngst im Nomos Verlag erschienen, analysiert den Wandel der Bundeswehr von der Wehrpflicht- zur Freiwilligenarmee, reflektiert diesen sowohl im Lichte der sicherheitspolitischen Entwicklungen der drei letzten Jahrzehnte als auch angesichts der aktuellen Entwicklungen infolge des Ukrainekrieges.

Deutschland hat lange an der Wehrpflicht festgehalten und gehörte zu den letzten Ländern in Europa, die diese ausgesetzt und sich für eine Freiwilligenarmee entschieden haben. Inzwischen haben sich die Konstellationen, die zu diesem Wandel führten (wie der Wegfall der unmittelbaren territorialen Bedrohung oder auch der Fokus auf internationales Krisenmanagement), angesichts des russischen Angriffs auf die Ukraine erneut verändert – nicht nur graduell, sondern radikal. Mit der Refokussierung auf die Landes- und Bündnisverteidigung gehen wieder größere



Streitkräfteumfänge wie auch die Notwendigkeit eines umfassenden Pools von Reservekräften einher. Zugleich sind Freiwilligenstreitkräfte in der Personalgewinnung gefordert: Das betrifft die generelle Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt, aber auch die aktuelle sicherheitspolitische

Situation. Während für die einen die Landes- und Bündnisverteidigung explizite Motivation sein mag, sich bei der Bundeswehr zu bewerben, werden sich andere aber auch davon abschrecken lassen. Auf Letzteres deuten die steigenden Kriegsdienstverweigerungen hin.

So sind – nicht nur in Deutschland, sondern in vielen europäischen Staaten – Debatten darüber entfacht, wie sich die aktuellen Herausforderungen am besten lösen lassen. In Deutschland wurden erste Schritte eingeleitet: mit der Stärkung der Heimatschutzkomponente, dem Pilotprojekt „Dein Jahr für Deutschland“ oder auch der Einführung der Grundbeordnung. Dennoch besteht die Gefahr – insbesondere, wenn die Streitkräfte zahlenmäßig weiter anwachsen müssen –, nicht mehr genügend geeignetes Personal rekrutieren zu können.

Vor dem Hintergrund der Diskussionen und Entwicklungen auch in anderen europäischen Ländern plädiert die Studie für die Wiedereinführung einer Wehrpflicht – nicht einer allgemeinen, aber einer selektiven Wehrpflicht nach skandinavischem Vorbild. Hier ließe sich bei der Wehrpflicht weitgehend auf Freiwilligkeit setzen; verpflichtend rekrutiert würden nur die noch unbesetzten Dienstposten. Dabei könnte bereits bei der Musterung die prinzipielle Bereitschaft zur Ableistung eines Wehrdienstes eruiert werden. Die Wehrpflicht würde dann – ähnlich wie in Schweden und Norwegen – für Frauen und Männer gelten. Das Pilotprojekt im Heimatschutz könnte von seiner Ausgestaltung her ein solches Modell darstellen. D.h. nach wie vor würden nur Zeit- und Berufssoldatinnen und -soldaten in das Ausland entsendet werden, während Wehrdienstleistende ausschließlich im Inland im Bereich des Heimatschutzes eingesetzt würden. Mit einer (selektiven) Wehrpflicht ließen sich angesichts der gegenwärtigen Bedrohungslage vier Ziele befördern: Sie könnte (1.) die Landesverteidigung verstärken (Sicherung der kritischen Infrastruktur etc.), (2.) einen Beitrag zur Personalgewinnung leisten, (3.) zum Aufbau einer umfassenden Reserve beitragen und (4.) als ein flexibles Rekrutierungsinstrument schnell auf mögliche Krisensituationen reagieren. Letztlich – und das zeigen die jüngsten Bevölkerungsumfragen – wäre die Mehrheit der Bevölkerung einer Wehrpflicht gegenüber aufgeschlossen.

PD Dr. Ines-Jacqueline Werkner

Indifferenz – Gleichgültigkeit – Apathie

29. Juni–01. Juli 2023; Ort: FEST; Kontakt: Dr. Rasmus Nagel

Autonomie und Sterbehilfe

7./8. Juli 2023; Ort: FEST; Kontakt: PD Dr. Magnus Schlette

TheoLab Konferenz. Digitale Forschungspraktiken in der Theologie

14./15. September 2023; Ort: FEST; Kontakt: PD Dr. Frederike van Oorschot

Wertebildung in der Schule.

Struktur, Vermittlung, Entwicklungsdynamik – Herausforderungen und Ambivalenzen

18.–20. September 2023; Ort: Morata-Haus, Heidelberg; Kontakt: Prof. Dr. Magnus Schlette/ PD Dr. A. Katarina Weilert

Nachwuchsforum Digitale Theologie

26.–28. September 2023; Ort: Universität Köln; Kontakt: PD Dr. Frederike van Oorschot

Gewissensfreiheit und Wissenskonflikte im Gesundheitswesen. Aktuelle Herausforderungen

27. September 2023; Ort: Zentrum für Gesundheitsethik, Hannover; Kontakt: PD Dr. A. Katarina Weilert

Die Proteste im Iran – Recht auf Widerstand?

11. Oktober 2023; Ort: Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften, Berlin; Kontakt: PD Dr. Ines-Jacqueline Werkner

Theologie in der Klimakrise: Mensch und Welt

12./13. Oktober 2023; Ort: FEST; Kontakt: PD Dr. Frederike van Oorschot

Mensch 4.0: Sozialität und Identität

20./21. Oktober 2023; Ort: FEST; Kontakt: PD Dr. Frederike van Oorschot

Pandemie – Neuausrichtung von Gesundheitssicherheit in Staat und Gesellschaft

27. Oktober 2023; Ort: FEST, digital; Kontakt: PD Dr. A. Katarina Weilert

Erfahrung bei der Umsetzung von kirchlichen Klimaschutzkonzepten

15./16. November 2023; Ort: Würzburg; Kontakt: Dr. Oliver Foltin

Gemeinden und Einrichtungen auf dem Weg zur

Treibhausgasneutralität

30. November 2023; Ort: digital; Kontakt: Dr. Oliver Foltin

Die Beendigung militärischer Interventionen – Wie können Exitstrategien aussehen

November/Dezember 2023; Ort: FEST; Kontakt: PD Dr. Ines-Jacqueline Werkner